



„10 Jahre sind genug! 10 000 Briefe an das Bundesverfassungsgericht!“

2003 war kein gutes Jahr. Mit der Änderung des Sonderzahlungsgesetzes hat der Landtag von NRW am 20. November 2003 das Weihnachtsgeld für die Beamtinnen und Beamten radikal gekürzt. Von 84,29 Prozent zunächst auf 50 Prozent, ab 2006 sogar auf nur noch 30 Prozent. Das Urlaubsgeld wurde ganz gestrichen. Gekürzt wurde nicht, weil die Beamten schlechte Arbeit geleistet hätten, sondern weil die Landesregierung schlicht und ergreifend sparen wollte und dafür ein Sonderopfer der Beamten festlegte. Es war bei Weitem nicht das einzige Sonderopfer: Längst ist das Pensionsalter für Polizisten von 60 auf 62 Jahre heraufgesetzt, die Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 41 Stunden erhöht worden. Das alles summiert sich zu einem enormen Kürzungspaket. Deshalb stellt sich die Frage, ob die Besoldung der Beamten noch amtsangemessen ist? Entscheiden muss das Bundesverfassungsgericht, doch die Karlsruher Richter schieben die Entscheidung Jahr für Jahr hinaus. Die GdP hat deshalb die Aktion „10 Jahre sind genug! 10 000 Briefe an das Bundesverfassungsgericht!“ gestartet. Bis zum 30. Juni wollen wir mehr als 10 000 Unterschriften sammeln, um das Bundesverfassungsgericht daran zu erinnern, dass Verfassungsrechte wie die Rechtsweggarantie nur dann etwas wert sind, wenn sie umgesetzt werden.

Beamte müssen ihrer Funktion entsprechend bezahlt werden. Der Gesetzgeber legt zwar die Höhe ihrer Besoldung fest, aber er darf dabei keine Willkür walten lassen. Vor allem darf er nicht mit dem globalen Hinweis auf knappe öffentliche Kassen die Bezüge der Beamten nach Belieben immer weiter kürzen. Das wissen nicht nur die Karlsruher Verfassungsrichter, sondern das weiß auch die Düsseldorf-Landesregierung. Trotzdem hat sie in den vergangenen Jahren immer wieder willkürlich den Beamten Sonderopfer abverlangt. Nicht nur unter Rot-Grün, sondern auch unter Schwarz-Gelb. Auf 2,4 Milliarden Euro hat Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) im vergangenen Jahr im Düsseldorf-Landtag die Summe der Sonderopfer beziffert, die das Land jedes Jahr durch Streichungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld, durch Kürzungen beim Versorgungsanspruch und die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf Kos-

ten der Beamten spart (DP 6/2013). Die 710 Millionen Euro, die das Land jedes Jahr gewinnt, weil die rot-grü-

Im Kern geht es immer wieder um dieselbe Frage: Es geht um die Frage, ob nach den zahlreichen Eingrif-

fen in die Beamtenbesoldung das Versorgungsniveau der Beamten noch den Anforderungen des Alimentationsgebots nach Art. 33 (5) des Grundgesetzes genügt?

Weil diese Frage mehr als zehn Jahre nach den ersten Einschnitten in die Beamtensoldung noch immer nicht entschieden ist, müssen seit 2003 jedes Jahr Tausende von Polizistinnen und Polizisten und von Verwaltungsbeamten dem Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) einen Antrag schicken, mit dem sie



ne Landesregierung den im vergangenen Jahr geschlossenen Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder nur für die unteren Besoldungsgruppen übernommen hat, kommen noch hinzu. Auch darüber müssen jetzt die Gerichte entscheiden, in diesem Fall der Landesverfassungsgerichtshof in Münster.

eine amtsangemessene Alimentation fordern. Ein absurder Vorgang, denn entschieden wird über die Anträge nicht, weil alle Beteiligten auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts warten. Seit zehn Jahren.

→ Seite 2



Karlsruhe muss entscheiden. Jetzt!



Niemand kann dem Bundesverfassungsgericht vorschreiben, in welcher Reihenfolge es über die in Karlsruhe anhängigen Verfahren entscheidet. Zu Recht nicht. Trotzdem ist es für unseren Rechtsstaat nicht gut, wenn mehr als zehn Jahre vergehen, ohne dass in einer so zentralen Frage wie der amtsangemessenen Alimentation der Beamtinnen und Beamten Rechtsklarheit herrscht. Das schadet nicht

nur den unmittelbar betroffenen Beamtinnen und Beamten, sondern auch der Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaats. Denn mit welcher Motivation sollen Polizistinnen und Polizisten jeden Tag ihren Kopf dafür erhalten, dass die Bürgerinnen und Bürger in Sicherheit leben können, wenn sie auch nach zehn Jahren immer noch nicht wissen, wie sie für ihre Arbeit bezahlt werden? Und das gilt genauso für Lehrer und Richter, für die Finanz- und die Verwaltungsbeamten. Deshalb hat die GdP ihre Initiative „10 Jahre sind genug! 10 000

Briefe an das Bundesverfassungsgericht!“ gestartet. Denn Verfassungsanspruch und Verfassungsrealität dürfen nicht immer weiter auseinander klaffen.

Ob die Initiative ein Erfolg wird, liegt jetzt an jedem von uns selbst. Je mehr Polizistinnen und Polizisten, je mehr Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte bei der Polizei die Initiative aktiv mittragen, umso unüberhörbarer wird unsere Stimme. Umso deutlicher wird, dass es nicht um die Wahrung von Sonderinteressen einer Beschäftigtengruppe geht, sondern um das grundsätzliche Prinzip, dass gute Arbeit fair bezahlt werden muss. Auch im Beamtenbereich.

Deshalb bitte ich alle Beschäftigten bei der Polizei, unsere Initiative aktiv zu unterstützen! 10 000 Unterschriften wollen wir bis Ende Juni sammeln. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Aber wenn wir das schaffen, setzen wir damit ein Signal, das auch in Karlsruhe gehört wird!

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Fortsetzung von Seite 1

Deshalb hat die GdP die Aktion „10 Jahre sind genug! 10 000 Briefe an das Bundesverfassungsgericht!“ gestartet. Sie will mit ihrer Aktion die Karlsruher Verfassungsrichter daran erinnern, dass es in den anhängigen Verfahren zur Beamtenbesoldung nicht um eine unbedeutende Marginalie geht, sondern um ein zentrales Element unserer Verfassung. Und sie will daran erin-

nern, dass die Grundsatzentscheidung über die Höhe der amtsangemessenen Alimentation nicht immer wieder aufs Neue verschoben werden kann. Denn mit jedem Jahr, das unnütz verstreicht, wird es für das Land schwieriger, den in der Vergangenheit zu Unrecht vorenthaltenen Besoldungsteil rückwirkend zu finanzieren. Auch eine Verschleppung des Verfahrens kann zu einer Aushöhlung der Verfassung führen.

Damit die GdP-Aktion ein Erfolg wird, ist es wichtig, dass sich möglichst viele Polizistinnen und Polizisten aktiv daran beteiligen. Der Landesbezirk hat dazu einen Musterbrief entwickelt. Den Musterbrief gibt es auf der GdP-Homepage zum Download und direkt vor Ort bei den Kreisgruppen. Das Ziel: Wir wollen bis zum 30. Juni mindestens 10 000 Briefe sammeln, um sie dann gemeinsam dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu übergeben.

Hundeführer in der BKV abgesichert

In der BKV werden in Zukunft 300 Stellen für Hundeführer berücksichtigt, bislang galt das nur für 173. Das hat das Innenministerium auf der Grundlage eines Berichts der Arbeitsgruppe Diensthundewesen beschlossen. Grundlage der Entscheidung war eine Abfrage bei allen Kreispolizeibehörden, bei der landesweit ein Bedarf an 330 Hundeführern angemeldet worden war. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Wolfgang

Spies, der für den Hauptpersonalrat der Polizei selber Mitglied der Arbeitsgruppe war, ist mit der Sicherung des Diensthundewesens nach den kritischen Äußerungen des Landesrechnungshofs zufrieden. „Die Polizeihunde sind ein wichtiges Einsatzmittel. Mit der Festlegung der Zahl der Hundeführer in der BKV, die bei der Personalzuweisung berücksichtigt werden, ist sichergestellt, dass die Zahl der Hundeführer in Zu-

kunft an erarbeiteten Standards ausgerichtet ist und nicht an subjektiven Vorlieben einzelner Entscheidungsträger vor Ort. Egal, ob für oder gegen den Hund.“ Die Diensthundeführer sollen grundsätzlich uniformiert die Dienstgruppen unterstützen. Wichtig bleibt aber die restliche Umsetzung des AG-Berichts, die zu einer Verbesserung der Ausrüstung und Fortbildung führen soll.



Fragen an:

Drei Fragen an den neuen PHR-Vorsitzenden Rainer Peltz

Am 6. Mai bist du als Nachfolger von Karl-Heinz Kochs zum Vorsitzenden des Hauptpersonalrats der Polizei gewählt worden. Was sind deine wichtigsten Ziele?

Zunächst einmal muss ich neidlos eingestehen, dass Karl-Heinz Kochs ein ausgesprochener Mitbestimmungsfuchs ist, der sich selbst in Detailfragen des LPVG im Schlaf auskennt. Er hat das Mitbestimmungsrecht zum Teil ja sogar selbst mit weiterentwickelt, zum Beispiel bei der Durchsetzung der prozessbegleitenden Mitbestimmung bei der Polizei. In diese Fußstapfen muss ich erst einmal reinwachsen, denn es ist ja nicht so, dass wir als Personalräte im Innenministerium und in den Polizeibehörden nur auf Gutmenschen treffen, wenn es um die Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten geht. Im vergangenen Jahr habe ich viele Situationen erlebt, wo die Ministerialbürokratie versucht hat, den PHR in bestimmten Sachfragen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Zum Teil mussten wir uns unsere Mitbestimmungsrechte sogar über Klageverfahren erkämpfen. Aber das beginnt sich langsam zu ändern. Auch im Innenministerium hat sich offenbar herumgesprochen, dass an einem starken Personalrat und an einer starken GdP keiner vorbeikommt.

Mal sind vom Innenministerium Aufträge an externe Dienstleister vergeben worden, ohne dass der Personalrat vorher beteiligt worden war, wie zum

Beispiel beim Arbeitsschutz, mal muss sich der Personalrat damit herumschlagen, dass das Ministerium nur einen Teil der angefallenen Arbeitszeit vergütet, wie bei den Bereitschaftszeiten für die Einsatzhundertschaften. Sind diese Probleme jetzt überwunden?

Wir arbeiten daran. Es gibt nach wie vor im Innenministerium Entscheidungen, die ich nicht nachvollziehen kann. Um ein Beispiel zu nennen: Auf eine Antwort der Ministeriumsspitze, wie das Problem der verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen gelöst werden soll, warten wir bis heute vergeblich. Auch eine Antwort auf die Frage, wie der drohende Personalabbau bei der Polizei gestoppt werden kann, fehlt. Es gibt noch nicht einmal Vorschläge dazu, auf welche Aufgaben die Polizei in Zukunft verzichten kann. Stattdessen wird die Parole ausgegeben: Ihr müsst in den kommenden Jahren mit weniger Personal auskommen! Wie das funktionieren soll, ist mir völlig schleierhaft.

In zwei Jahren finden die nächsten Personalratswahlen statt. Welche der von dir angesprochenen Probleme müssen bis dahin gelöst sein?

Als wichtigste Herausforderung sehe ich die Personalentwicklung bei der Polizei. Die Forderung der GdP lautet: „Kein einziger Polizist weniger!“, denn sonst können wir unsere Aufgaben nicht mehr bewältigen. Als Personalrat können wir mit dazu beitragen, dass dieses Thema ganz oben auf der politi-



schen Agenda bleibt, aber entscheiden muss jetzt die Politik. Daneben gibt es eine ganze Reihe von Themen, in denen wir uns als PHR engagieren. Das reicht von besseren Aufstiegschancen im Tarifbereich über die Durchsetzung eines Personalentwicklungskonzepts für den gehobenen und höheren Dienst bis hin zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Auch die Umgestaltung der gesamten IT-Architektur bei der Polizei ist ein Megathema, das uns in den kommenden Jahren massiv beschäftigten wird. Es gibt nicht ein einziges Projekt, mit dem sich alle Probleme der Polizei auf einen Schlag lösen lassen, sondern es gibt viele einzelne Stellschrauben, an denen wir drehen müssen. Deshalb ist es wichtig, dass der PHR nicht für sich alleine steht, sondern dass unsere Arbeit eng mit der Arbeit der GdP verknüpft ist. Denn nur starke Personalräte sind gute Personalräte.



Anfang Mai haben sich in der Landesgeschäftsstelle der GdP Vertreter des Landesvorstandes mit Irene Mihalic (MdB) und Verena Schäffer (MdB) von Bündnis 90/Die Grünen zu einem mehr als zweistündigen Meinungsaustausch über aktuelle Fragen der Innenpolitik in Bund und im Land NRW getroffen. Themen waren unter anderem die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, die Personalsituation in der Polizei NRW, die geplante Dienstrechtsreform in NRW und die Kennzeichnungspflicht. Die Gespräche mit den Grünen sollen fortgesetzt werden.

(Foto v. l.: Verena Schäffer, Arnold Plickert, Irene Mihalic, Rainer Peltz und Andreas Nowak)



Steuerplus übersteigt Kürzungen bei den Beamten bei Weitem

19 Milliarden Euro nehmen Bund, Länder und Kommunen bis 2018 zusätzlich ein. Alleine bei den Ländern wächst das Steuervolumen von 252,2 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 290,6 Milliarden Euro 2018, das hat der Arbeitskreis Steuerschätzung Anfang Mai vorausgesagt. Damit setzt sich der positive Trend der vergangenen Jahre erneut fort.

Auch Nordrhein-Westfalen profitiert davon: Alleine in den ersten drei Monaten dieses Jahres lag das Steuerplus in NRW gegenüber dem Vorjahreszeitraum nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei 634,1 Millionen Euro, nur für das erste Quartal. Das entspricht fast den 710 Millionen Euro, die das Land jedes Jahr dadurch bei den Beamten spart, dass Rot-Grün im vergangenen Jahr beschlossen hat, den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes nur für die unteren Besoldungsgruppen ungekürzt zu übernehmen. Damals hatte

die Regierung Kraft argumentiert, dass die Landesregierung anderenfalls 14 000 Stellen im öffentlichen Dienst hätte abbauen müssen. Eine Schutzbehauptung, die mit der Realität nichts zu tun hat, wie die aktuelle Steuerstatistik belegt.

Trotzdem wird die Regierung Kraft nicht müde, auch weiterhin so zu tun, als stünde das Land kurz vor der Pleite. Als kurz vor dem Bekanntwerden der aktuellen Steuerprognose eine bundesweite Diskussion über eine mögliche Verringerung der kalten Steuerprogression ausbrach, war es ausgerechnet NRWs Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD), der die Notbremse zog. Das Plus sei „nicht so hoch“, um gleichzeitig Schulden abzubauen und Steuern zu senken, sagte er gegenüber den Medien. Andere Bundesländer sind da längst weiter, allen voran die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Manuela Dreyer (SPD). 2011 hatte der dortige Landtag

beschlossen, die Bezüge der Landesbeamten bis 2016 jeweils nur um ein Prozent zu erhöhen. Angesichts der auch in Rheinland-Pfalz kräftig sprudelnden Steuereinnahmen sagte Dreyer jetzt: „Deshalb sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass wir für den Tarifabschluss 2015/16 den Deckel wirklich öffnen können. Und darüber bin ich sehr froh.“ Die Gewerkschaften in Rheinland-Pfalz gehen davon aus, dass in ihrem Bundesland der nächste Tarifabschluss auch für die Beamten übernommen wird, auch wenn Dreyer sich bei den Details zurückgehalten hat. Aber im Frühjahr 2016 stehen in Rheinland-Pfalz Landtagswahlen an.

Vergleichbare Äußerungen hat NRWs Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) bislang bewusst vermieden. Trotzdem könnte die Entwicklung in Rheinland-Pfalz Signalcharakter für NRW haben. Hier wird 2017 gewählt.

Bodycam: GdP fordert Pilotprojekt

In Frankfurts Ausgehviertel Sachsenhausen werden sie bereits seit einem Jahr erfolgreich getestet: Bodycams, die auf der Schulter von Polizistinnen und Polizisten montiert sind, wenn sie in Stadtvierteln auf Streife gehen, in denen es in der Vergangenheit immer wieder aus heiterem Himmel zu Angriffen auf die Polizei gekommen ist. Seitdem die Schulterkameras erprobt werden, ist die Zahl der Angriffe deutlich gesunken. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) hat deshalb angekündigt, den Modellversuch auf Offenbach und Wiesbaden auszuweiten.

Für die GdP sind die in Hessen gemachten Erfahrungen Anlass genug, um auch für NRW ein eigenes Pilotprojekt zu fordern. „Bodycams können ein sinnvolles Einsatzmittel sein, um an Brennpunkten der Alltagskriminalität zur Abschreckung beizutragen und um gewalttätige Angriffe im Nachhinein strafrechtlich verfolgen zu können“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert dazu bereits Mitte Ap-

ril gegenüber der Nachrichtenagentur dpa.

Um auch in NRW Bodycams einsetzen zu können, müsste das Polizeigesetz geändert werden. Dort müsste auch geregelt werden, wann und wo die Kameras eingesetzt werden können, wer Zugriff auf die Videoaufnahmen hat, welche Voraussetzungen dafür gegeben sein müssen, und wie lange die Aufnahmen gespeichert werden dürfen. Um einen möglichen Missbrauch zu verhindern, fordert die GdP zudem, dass Bodycams nur an bestimmten Brennpunkten eingesetzt werden. „Eine flächendeckende Ausstattung aller Polizistinnen und Polizisten lehnen wir ab, weil dadurch die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt werden würde“, erklärt Plickert.

Ob es in NRW zu einem entsprechenden Pilotprojekt kommt, ist allerdings zweifelhaft. NRWs Innenminister Ralf Jäger (SPD) hatte sich in einer Antwort auf eine entsprechende Anfrage der CDU-Fraktion zunächst dagegen

ausgesprochen. Für den Einsatz von Bodycams gebe es in NRW keine Rechtsgrundlage, sagte er. Später relativierte Jäger diese Position und sagte, vor einer Ausweitung auf NRW müssten zunächst die Erfahrungen in Hessen abgewartet werden. Hintergrund der zögerlichen Haltung ist, dass Jäger zwar persönlich einem Pilotprojekt in NRW nicht ablehnend gegenübersteht, aber Rücksicht auf die Grünen nehmen muss, die beim Thema Bodycam mauern.

GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert hat die abwartende Position von Jäger als unzureichend kritisiert. „Angesichts von fast 12 000 Kolleginnen und Kollegen, die jedes Jahr während ihres Dienstes angegriffen werden, hätte ich eigentlich eine andere Reaktion erwartet“, sagte Plickert. „Bodycams sind zwar kein Allheilmittel, um die Gewalttäter zu stoppen, aber sie sind ein mögliches Element unter vielen anderen, damit wir das Phänomen der zunehmenden Gewalt gegen Polizisten in den Griff kriegen.“



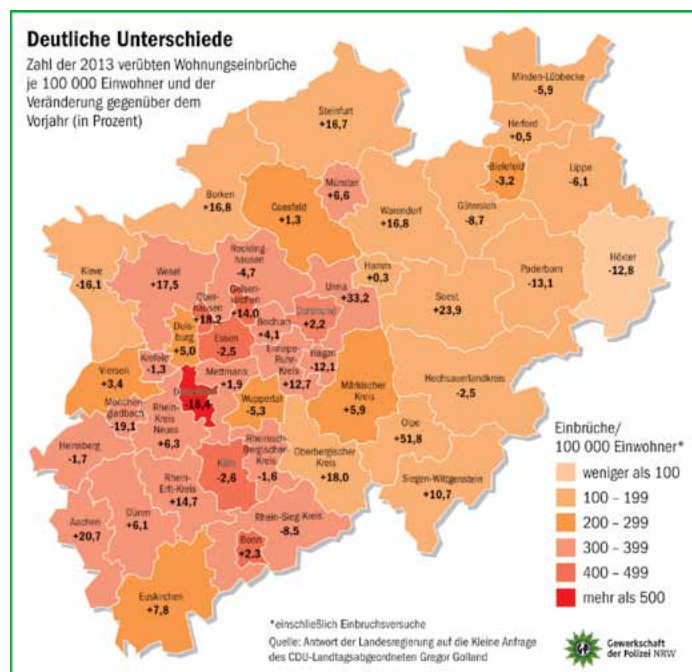
Wohnungseinbrüche bleiben Brennpunkt

Kaum eine andere Straftat berührt das Sicherheitsempfinden der Menschen so sehr, wie ein Einbruch in die eigene Wohnung. Als bedrohlich wird von den Opfern vor allem die Erfahrung empfunden, dass sich der Täter Zugang zum eigenen Intimbereich verschafft hat. Und die Sorge, dass er jederzeit wiederkommen könnte. Dass in den Medien immer wieder über Wohnungseinbrüche berichtet wird, wenn es um die Frage geht, wie es um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in NRW bestellt ist, liegt deshalb nicht nur daran, dass die Zahl der Einbrüche seit Jahren kontinuierlich steigt. Trotzdem steht die Polizei beim Kampf gegen die Einbrecher nicht auf verlorenem Boden, wie ein Blick in die Statistik zeigt, die das Innenministerium Ende April als Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Gregor Golland veröffentlicht hat. Denn allen Zuwachsraten zum Trotz gibt es auch Behörden mit rückläufigen Einbruchszahlen.

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Wohnungseinbrüche in NRW erneut gestiegen, auf 54 953. Das sind 30 Prozent mehr als noch 2009. Dennoch lag der Zuwachs mit 1,5 Prozent deutlich unter den Steigerungsraten der vergangenen Jahre. 2012 lag das Plus noch bei 7,5 Prozent, das sind fast 4000 Fälle (DP 4/2014). Hinzu kommt, dass in 20 der 47 Kreispolizeibehörden die Zahl der gemeldeten Wohnungseinbrüche entgegen dem landesweiten Trend im vergangenen Jahr rückläufig war. Am höchsten war der Rückgang mit 16,4 Prozent in Düsseldorf, auch wenn die Landeshauptstadt mit 550 gemeldeten Wohnungseinbrüchen und Einbruchversuchen je 100 000 Einwohner noch immer eine traurige Spitzenstellung einnimmt. Rückläufige Einbruchszahlen gab es auch in Ostwestfalen zu verbuchen, in Bielefeld lag das Minus bei 3,2 Prozent, in Minden-Lübbecke bei 5,9 Prozent, in Lippe bei 6,1 Prozent, in Gütersloh bei 8,7 Prozent, in Paderborn sogar bei 13,1 Prozent. Und im Kreis Höxter, in dem es im vergangenen Jahr ohnehin nur 52 Einbrüche je 100 000 Einwohner gab, lag das Minus bei 12,8 Prozent. Dass dieser Trend an der Gesamtentwick-

lung in NRW relativ wenig ausrichten konnte, liegt auch an den Größenverhältnissen. In Höxter gab es im vergangenen Jahr 75 Wohnungseinbrüche. In Köln waren es 5603. Angesichts dieser Zahlen dringt die GdP darauf, dass die Anstrengungen zur Bekämpfung der Wohnungseinbrüche weiter fortgesetzt werden, nicht nur durch Stärkung der inzwischen eingerichteten Auswerteverbände entlang der Rheinschiene und im Ruhrgebiet, sondern auch durch mehr ungemeldete Kon-

trollen in gefährdeten Wohngebieten, und vor allem durch eine generell höhere Präsenz der Polizei.



Hohe Einbruchszahlen gibt es in NRW vor allem in den Großstädten entlang der Rheinschiene, im Grenzgebiet um Aachen und im Ruhrgebiet.

Umstellung auf neue Office-Version: Keine AT-Home-Versionen mehr

Derzeit laufen mehrere bedeutende IT-Projekte innerhalb der Polizei NRW – u. a. MoWin, der Umstieg auf Windows 8 und Office 2013. Die alte Verfahrensweise der Lizenzvergabe z. B. von MS-Office 2003 basierte auf der Ausgabe einer CD und eines Produktkeys. Den Beschäftigten wurde die Möglichkeit gegeben, sogenannte Work-AT-Home-Lizenzen zu nut-

zen, zu sehr günstigen Konditionen. Die Vorteile dieser Vorgehensweise liegen auf der Hand: Die Kolleginnen und Kollegen arbeiteten dienstlich und privat mit der gleichen Arbeitsoberfläche, Menü- und Symbolleisten waren identisch. Die Fort- und Weiterbildung bei der Polizei wurde dadurch erleichtert, Schulungsmaßnahmen konnten auf ein

Minimum reduziert werden. Aufgrund der neuen Vergabeweise wird es zu einer ähnlich vorteilhaften Regelung wie bisher allerdings nicht mehr kommen. Ob es zumindest eine Anschlussregelung geben wird, wenn auch zu abgespeckten Konditionen, ist noch nicht entschieden. Die Verhandlungen dazu laufen noch.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1. 6. Manfred Vetter, Düsseldorf
- 2. 6. Wolfgang Schuster, Kamen
- 7. 6. Margret Dobrowolski, Duisburg
Hermann Hestermann, Hilden
- 12. 6. Kurt Kulbatzki, Gelsenkirchen
- 15. 6. Hildegard Neumann,
Oer-Erkenschwick
- 16. 6. Irmgard Simon, Essen
- 17. 6. Hugo Linn, Remscheid
- 22. 6. Marlene Hansen,
Mönchengladbach
- 24. 6. Hildegard Heibert,
Wolfschlugen
- 28. 6. Rudolf Eichler, Euskirchen

91. Geburtstag

- 2. 6. Hans-Jürgen Kasten, Hamburg
- 6. 6. Theodor Monse, Herten
- 12. 6. Hans-Werner Fischer, Herne

- 13. 6. Mathilde Tlolka, Bottrop
- 20. 6. Ludwig Schaffrath, Erkrath
- 22. 6. Erna Büdenhölzer, Troisdorf
- 23. 6. Max Rudnick, Bad Sassendorf
Margareta Theiner, Solingen
- 25. 6. Elisabeth Appelbaum,
Gütersloh
- 27. 6. Ruth Wittfeld, Gelsenkirchen

92. Geburtstag

- 10. 6. Irene Jung, Bochum
- 16. 6. Maria Baum, Brühl
- 17. 6. Alfred Müller, Gummersbach
- 19. 6. Magda Wilmsen, Aachen
- 20. 6. Margarete von der Ahe,
Borchen
- 23. 6. Annetraud Becker, Waltrop,
Johannes Nitsch, Hilchenbach
- 24. 6. Hedwig Höppler, Viersen
- 27. 6. Dietrich Brede, Hilden
- 30. 6. Helga Jez, Gevelsberg

93. Geburtstag

- 11. 6. Rosa Sonnborn, Wülfrath
- 13. 6. Anni Zahlmann, Erkelenz
- 19. 6. Karl Wippermann, Detmold

- 20. 6. Karl Kastenholz, Euskirchen
- 24. 6. Karl Hamacher, Aachen

94. Geburtstag

- 3. 6. Waltraud Meiber, Hünstetten
- 6. 6. Franz Mattern, Siegen
- 22. 6. Josef Hake, Detmold
- 24. 6. Elli Willuweit, Detmold
- 26. 6. Paul Konietzny, Eschweiler

95. Geburtstag

- 15. 6. Gerda Strunk, Haan

96. Geburtstag

- 2. 6. Willi Heppener, Düren

98. Geburtstag

- 29. 6. Walli Helle, Dorsten

100. Geburtstag

- 19. 6. Wilhelm Reuter, Dortmund

101. Geburtstag

- 15. 6. Frida Boor, Münster

106. Geburtstag

- 20. 6. Hilde Schwark, Wuppertal

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe
ist der 9. Juni 2014.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Wir sind die GdP



„Gewerkschaft der Polizei – Fit für die Zukunft“, unter diesem Motto ist ein vierköpfiges Team der GdP am 26. April beim Düsseldorf Metro-Group-Marathon angetreten. Udo Linnenbrink, Vorsitzender des BV Detmold, Jan Velleman, stellvertretender Geschäftsführer in der Geschäftsstelle des Landesbezirks, Hartmut Rulle, Vorsitzender des Landesbezirkskontrollausschusses, und GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert teilten sich die Strecke. „Wir wollten einfach zeigen, dass die GdP nicht nur über Gesundheitsmanagement redet, sondern mit gutem Beispiel vorangeht“, so Udo Linnenbrink, der als erster Läufer für die Staffel an den Start gegangen war. „Die gezielte Vorbereitung auf die Teilnahme an einem Wettkampf hat uns allen einen Motivationsschub gebracht und geholfen, den inneren Schweinehund zu überwinden“, meinte hinterher Jan Velleman, der als zweiter Läufer an den Start ging. „Keiner von uns ist in der Lage, einen Marathon alleine zu laufen. Es ist ein gutes Gefühl, wenn man es gemeinsam schaffen kann“, ergänzt Hartmut Rulle, der mit 11 km das längste Teilstück der insgesamt 42,4 Kilometer übernommen hatte. Auch die gewerkschaftliche Etikette blieb gewahrt: Nachdem es über den gesamten Rennverlauf geregnet hatte, konnte der Vorsitzende als Schlussläufer seinen Zieleinlauf im Sonnenschein erleben. Das machte gute Laune und die Welt war in Ordnung.

Am Ende gab es mit Platz 1236 für das GdP-Team eine unverhofft gute Platzierung im Mittelfeld der 2451 Staffeln, aber darauf kam es auch gar nicht an. „Gemeinsam mehr erreichen, das ist schon ein tolles Gefühl, das Lust auf mehr macht,“ so das Fazit von Arnold Plickert. Aber erstmal stand die Freude, es geschafft zu haben, im Vordergrund. Und natürlich freuten sich alle auf ein saftiges Steak am Abend – ganz ohne Gewissensbisse.



NRW schickt Antragspaket nach Berlin

„Leben in Sicherheit“ – unter diesem Motto tagt vom 10. bis 12. November der GdP-Bundeskongress in Berlin. Mit 55 Delegierten und voraussichtlich noch einmal so vielen Gastteilnehmern stellt der Landesbezirk NRW nicht nur das größte Teilnehmerkontingent, sondern NRW will auch mitreden, wenn es um die Ausrichtung der GdP-Politik für die kommenden vier Jahre geht. Bereits Anfang Mai hat der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand deshalb ein erstes Antragspaket für den Bundeskongress auf den Weg gebracht. Den Auftrag dazu hatte dem Vorstand der Landesdelegiertentag in Dortmund gegeben, wo die entsprechenden Anträge bereits beraten worden sind.

In zwei der elf Anträge des Landesbezirks geht es um den Rentenanspruch. In Bezug auf die Abschlagszeiten beim vorzeitigen Renteneintritt wird gefordert, dass der prozentuale Abschlag von 0,3 Prozent pro Monat nicht mehr über die gesamte Dauer des Rentenbezugs erfolgen soll, sondern nur noch bis zum Beginn des regulären Renteneintrittsalters. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der vorzeitige Übergang in Rente oft aus gesundheitlichen Gründen erfolgt. Im zweiten rentenpolitischen Beitrag fordert

der Landesbezirk, dass die Rente, auf die geschiedene Beamte im Zuge des Versorgungsausgleichs einen Anspruch erworben haben, bereits mit dem Eintritt in den Ruhestand gezahlt wird und nicht erst bei Erreichen des regulären Renteneintrittsalters des früheren Ehepartners bzw. der Ehepartnerin. Profitieren würden von dieser Neuregelung vor allem Polizistinnen, die durch frühere Teilzeittätigkeit und durch Elternzeiten während ihres aktiven Dienstes oft geringere Pensionsansprüche erworben haben als ihre männlichen Kollegen. Sie sind deshalb zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf die zusätzliche Rentenzahlung angewiesen, wenn sie aus dem Polizeidienst ausscheiden.

Auch zur Altersversorgung der Rentner hat der Landesbezirk NRW zwei Anträge eingebracht. Zum einen soll sich der GdP-Bundesvorstand dafür einsetzen, dass die Rente mit 67 zugunsten einer Flexibilisierung des Renteneintrittsalters wieder abgeschafft wird. Zudem solle es ab einem bestimmten Lebensalter bzw. einer bestimmten Anzahl von Beitragsjahren keine Abschläge mehr geben. Im zweiten rentenpolitischen Antrag wird gefordert, dass Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, die gleichen Rentenentgeltpunkte erhalten wie Eltern, deren



Kinder nach 1992 geboren sind. Der Antrag nimmt eine Forderung auf, die auch im Rahmen des Rentenpakets der Großen Koalition diskutiert wird.

In Bereich der Tarifpolitik hat der Landesbezirk NRW zudem u. a. einen Antrag eingebracht, der auf Verbesserungen in der Entgeltordnung des TV-L zielt. Der Landesbezirk kritisiert, dass für Regierungsbeschäftigte eine Höhergruppierung oft nicht mit einem tatsächlichen Gehaltszuwachs verbunden ist. Stattdessen erhalten sie lediglich den vereinbarten Garantiebetrag von 27,74 Euro (E 1 bis E 8) bzw. von 55,46 Euro (E 9 bis E 15). In dem Antrag wird deshalb gefordert, auch im TV-L eine stufengleiche Höhergruppierung festzuschreiben, wie es sie bereits in der Entgeltordnung Bund gibt.

GdP klagt gegen Rückforderungsbescheide

Gerade bei der Polizei und schon Stress wegen der Besoldung: Seit Anfang des Jahres bekommen viele Berufsanfängerinnen und -anfänger in der Polizei Post vom Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) oder von ihrer personalführenden Behörde. Betroffen sind Kommissare, die am 1. Juni 2013 noch in der gleichen Besoldungsstufe waren, wie zum Zeitpunkt der Einstellung als Beamte auf Probe. In den Schreiben fordert das LBV in der Regel mehrere hundert Euro von den Betroffenen zurück. Der Grund: Bei der Umstellung der Besoldung von Dienstalters- auf Erfahrungsstufen ist es in vielen Fällen zu Fehlern gekommen, sodass eine Überzahlung stattgefunden hat. Das Problem für die Betroffenen: Das

zu viel gezahlte Geld ist in der Regel längst ausgegeben.

Anfänglich forderte das LBV rechtswidrig die Erstattung des vollen Betrags. Nach einer ersten Intervention der GdP hat das Finanzministerium am 13. März bereits nachgebessert: In aktuellen Bescheiden werden die betroffenen Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, „nur noch“ 70 Prozent des überzahlten Betrages zu erstatten. Für die GdP ist das noch keine zufriedenstellende Lösung. Wir raten betroffenen Kolleginnen und Kollegen daher weiterhin, gegen entsprechende Bescheide Widerspruch einzulegen.

Denn: Wer Fehler macht, muss sich das auch zurechnen lassen. Eine Reduzierung des Rückforderungsbetrages um 30 Prozent hat das Bundesver-

waltungsgericht bereits für Fälle anerkannt, in denen sich die Betroffenen zumindest ein geringfügiges Mitverschulden an der Überzahlung hatten zukommen lassen. Bei Fehlern im Zusammenhang mit der Umstellung auf das neue Besoldungsrecht ist aber ein auch nur geringes Mitverschulden der Betroffenen nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Das Chaos bei der Umstellung von Dienstalters- auf Erfahrungsstufen geht allein auf das Konto des Dienstherrn zurück. Fehler waren für die Betroffenen nicht erkennbar und auch nicht von ihnen verursacht. Deshalb wird die GdP jetzt gerichtlich klären lassen, ob überhaupt und wenn ja, in welchem Umfang den Beschäftigten eine Rückzahlung der zuviel gezahlten Beträge zumutbar ist.



GdP-Familientag in der ZOOM Erlebniswelt!

Eine Weltreise an einem Tag erleben, das verspricht in diesem Jahr



→ GdP-Info-Stand
→ GdP-Zoo-Quiz
→ kommentierte Tier-Fütterungen

Sonderpreis für GdP-Mitglieder
13,90 € / F. statt 17,90 € / F.
Kinder 8,50 € / F. statt 11,50 € / F.
inkl. Suppenbuffet und Getränk

der GdP-Familientag am 29. Juni, zu dem die GdP nach den begeisterten Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen im vergangenen Jahr erneut in die ZOOM Erlebniswelt in Gelsenkirchen einlädt.

GdP-Mitglieder und ihre Familien können zum Sonderpreis einen Tag lang mitten in die authentisch gestalteten Lebenswelten der Tiere abtauchen. In den Erlebniswelten Afrika, Asien und Alaska ist für Groß und Klein Spannung und Faszination garantiert. Weitere Highlights an dem Tag, exklusiv für unsere Mitglieder, sind das GdP-Zoo-Quiz, mit der Chance auf einen tollen Hauptgewinn, kommentierte Fütterungen in den Tiergehegen und der GdP-Info-Stand. Für das leibliche Wohl sorgt ab 12.30 Uhr ein Suppenbuffet auf

Glücksnummern des Monats

45 27179
Torsten Kaiser, Herford
45 27178
Rainer Müller, Bonn
45 27171
Jessica Klein, Dortmund
45 27166
Sven Brandes,
Hochsauerlandkreis

Die Gewinner erhalten eine GdP-Filz-Business-Mappe „Felting“.

den „GdP-Terrassen“ am Grimberger Hof. Hier haben die Teilnehmer des Familientags die Möglichkeit, sich fernab vom üblichen Polizeialltag mit den Kolleginnen und Kollegen auszutauschen und alte Freundschaften zu pflegen.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

5. Juni, Terminänderung Seniorentreffen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Restaurant Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach

Kreisgruppe Heinsberg

12. Juni, Seniorentreffen, Aktuelle Themen zur Versorgung, Jahresausflug, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Restaurant Haus Dohmen, Hülhovener Str. 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler

Kreisgruppe Köln

24. Juni, Senioren fahren mit der Straßenbahn, Partner sind willkommen, Markus Schönbein von der KVB gibt Tipps und Anregungen für eine entspannte, sichere und stressfreie Straßenbahnfahrt, Dauer ca. 1,5 bis 2 Stunden, Treffpunkt: 10.30 Uhr, Hal-

testelle Severinstraße Fahrtrichtung Deutz (Linie 3 und 4). Anmeldung erforderlich unter Telefon 02 21/2 29-20 81 oder senioren@gdp-koeln.de oder bernhard.fattmann@gdp-koeln.de

Kreisgruppe Gelsenkirchen

16. Juni, Seniorentreffen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Polizeipräsidium Gelsenkirchen-Buer, Rathausplatz 4, 45894 Gelsenkirchen, Nebenraum der Kantine

Kreisgruppe Unna

25. Juni, Besichtigung der neuen Polizeiautobahnwache Kamen, Anmeldung über die Kreisgruppe, Telefon 0 23 03/9 21-67 89, oder beim Seniorenvorsitzenden Alfred Weber, Telefon 0 23 07/27 93 92, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Unnaer Str. 44, 59174 Kamen

GdP aktiv

4. 6., Skatturnier der Kreisgruppe Bonn, 15.00 Uhr, Großer Sitzungssaal PP Bonn, Anmeldungen unter 02 28/15-10 52, Startgeld: 5,00 Euro

13.-15. 6., 14. Treffen der Motorradfreunde KPB Olpe, nähere Informationen unter www.freund-und-biker.de

17. 6., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kleve, 16.30 Uhr, Hotel Litjes, Pfalzdorfer Str. 2, Goch

25. 6., Außerordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund, 15.00 Uhr, Aula PP Dortmund, Markgrafenstr. 102, Dortmund. Es soll ein neuer Kreisgruppenvorsitzender gewählt werden.

NACHRUFE

Willi Kalk	24. 9. 1931	Autobahnpolizei Münster	Herbert Ernst	17. 10. 1940	Bergisches Land
Hermann Koßmehl	19. 1. 1964	Olpe	Elisabeth Engels	26. 2. 1916	Bergisches Land
Else Rode	3. 2. 1924	Bergisches Land	Hans Joachim Karscht	20. 5. 1936	Wesel
Wilhelm Küven	24. 5. 1949	Düren	Anni Potthoff	18. 4. 1922	Bochum
Daniel Moll	9. 12. 1930	Mönchengladbach	Fritz Krause	29. 10. 1927	Gelsenkirchen
Margarete Jürgans	11. 11. 1925	Minden-Lübbecke	René Albes	8. 1. 1971	Düsseldorf
Winfried Nejedli	5. 4. 1939	Bochum	Günter Cremer	28. 9. 1922	Herford
Peter Bauch-Schmidt	20. 8. 1956	Dortmund	Alfred Dehler	22. 2. 1923	Bergisches Land
Walter Reimann	8. 7. 1931	Düsseldorf	Heinz Beeckmann	18. 11. 1919	Mönchengladbach
Mathilde Rogmann	6. 9. 1925	Kleve			

